

N i e d e r s c h r i f t

**der 43. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 12.06.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:01 Uhr bis 17:27 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|-----------------------|---|
| Herr Dr. Bernd Wiegand | Oberbürgermeister | |
| Herr Harald Bartl | parteilos | |
| Frau Dr. Annegret Bergner | CDU | ab 16:15 Uhr |
| Herr Bernhard Bönisch | CDU | |
| Frau Ute Haupt | DIE LINKE | Vertreterin für Frau Nagel |
| Herr Hendrik Lange | DIE LINKE | ab 16:02 Uhr |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE | |
| Frau Gertrud Ewert | SPD | |
| Herr Johannes Krause | SPD | |
| Herr Dietmar Weihrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | ab 16:04 Uhr |
| Herr Gerry Kley | FDP | |
| Herr Manfred Sommer | MitBÜRGER für Halle | ab 16:11 Uhr Vertreter von Herr Wolter |

| | |
|----------------------|---------------|
| Herr Egbert Geier | Bürgermeister |
| Herr Tobias Kogge | Beigeordneter |
| Herr Wolfram Neumann | Beigeordneter |
| Frau Sabine Ernst | Verwaltung |
| Herr Oliver Paulsen | Verwaltung |
| Herr Marco Schreyer | Verwaltung |
| Herr Drago Bock | Verwaltung |
| Frau Kristin Sabath | Verwaltung |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|----------------------|---------------------|--------------------------------|
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE | vertreten durch Frau Ute Haupt |
| Herr Tom Wolter | MitBÜRGER für Halle | vertreten durch Herrn Sommer |
| Herr Uwe Stäglin | Beigeordneter | |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 43. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1. Jahresabschluss 2012 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2013/11653
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.2. Umwandlung der Sekundarschule Kastanienallee in eine Gemeinschaftsschule
Vorlage: V/2013/11567
fehlendes Votum des Bildungsausschusses
- 5.3. Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2013/11603
fehlendes Votum des Bildungsausschusses

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.05.2013
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen

- 5.1. *Jahresabschluss 2012 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*
Vorlage: V/2013/11653

abgesetzt

- 5.2. *Umwandlung der Sekundarschule Kastanienallee in eine Gemeinschaftsschule*
Vorlage: V/2013/11567 *abgesetzt*
- 5.3. *Satzung Schülerbeförderung*
Vorlage: V/2013/11603 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung des Bürgermeisters zur Auszahlung der Soforthilfe an Hochwassergeschädigte
- 8.2. Mitteilung des Oberbürgermeisters zum Trägergespräch der TOO 2014 - 2019
- 8.3. Mitteilung des Oberbürgermeisters zur Flutkatastrophe und Händel-Festspiele
- 8.4. Mitteilung Herr Kogge zum Hochwasser in sozialen Einrichtungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9.1. Anfrage Herr Kley zur Änderung der Hauptsatzung
- 9.2. Anfrage Herr Dr. Meerheim zum Wirtschaftsplan TOO auf der Tagesordnung des Stadtrates
- 9.3. Anfrage Frau Ewert zur Verschickung des Terminkalenders der Verwaltungsspitze an die Fraktionen
- 9.4. Anfrage Herr Bönisch zum Personalbudget der Fraktionen
- 9.5. Anfrage Herr Bönisch zur Öffentlichkeit von Pressekonferenzen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.05.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 42. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.05.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zur Auszahlung der Soforthilfe an Hochwassergeschädigte**

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass seit dem heutigen Tag um 8 Uhr in Halle (Saale) die Soforthilfe an die Hochwassergeschädigten ausgezahlt werde. Die Anträge und Richtlinien des Landes seien im Internet veröffentlicht und könnten von dort ausgedruckt werden. Geöffnet sei die Auszahlungsstelle von 8 Uhr bis 20 Uhr, auch am Wochenende, zunächst bis zum 21.06.2013. Man werde dann weiter entscheiden, ob diese Öffnungszeiten in diesem Umfang und über das Wochenende notwendig sind.

Herr Bürgermeister Geier informierte weiter, dass sich bis ca. 15 Uhr 100 Geschädigte gemeldet haben und bis jetzt ein Betrag von rund 64.000 Euro ausgezahlt wurde.

Bezüglich der Kosten, die der Stadt im Zusammenhang mit dem managen der Flutkatastrophe entstanden sind, habe er heute bei den Geschäftsbereichen angefragt, wo überall entsprechende Kosten aus Schadenabwehrmaßnahmen entstanden. Außerdem bat er darum, die Schäden an kommunalen Gebäuden, Straßen, Brücken und Infrastruktur zu erheben bzw. zu schätzen, damit dann eine entsprechende Rückmeldung und Bündelung in seinem Geschäftsbereich erfolgen kann.

zu 8.2 **Mitteilung Herr Oberbürgermeisters Dr. Wiegand zum Trägergespräch der TOO 2014 - 2019**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete von seinem Gespräch mit dem Kultusminister von Sachsen-Anhalt, Herrn Dorgerloh, im Hinblick auf das Trägergespräch der Theater, Oper und Orchester GmbH. Zu diesem Gespräch waren alle Träger eingeladen und

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand händigte das in dieser Veranstaltung ausgeteilte Informationspapier an die Hauptausschussmitglieder aus und erläuterte es.

Im heutigen Gespräch hat das Land darauf verwiesen, dass die in der Vergangenheit bereits vollzogenen Strukturmaßnahmen zu beachten waren, ebenso wie übergeordnete, allgemeine Aspekte der Landesentwicklung, Landesstrukturplanung, Landesmittelanteil, bisheriger Landesmittelanteil am Gesamtetat der Theater und Orchester GmbH, Eigenerwirtschaftungsquote, bereits vollzogene Kooperationsmodelle, überregionale Ausstrahlung und Reputation, Stand der theaterpädagogischen Arbeit kulturelle Bildung und Spartenangebote.

Daraus wurden die klare Aussage getroffen, dass sich das Land zu den Händelfestspielen und zur jährlichen Fortsetzung der Händelfestspiele bekenne. Ebenso habe das Land deutlich gemacht, dass das Händelfestspielorchester in seiner Form einzigartig und ein Leuchtturm sowohl im Land Sachsen-Anhalt als auch in der Bundesrepublik sei und ebenfalls volle Unterstützung und Förderung erhalte.

Alles andere sei auf dem Prüfstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte dass diese Aussagen sowohl vom Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Haselhoff, als auch vom Kultusminister, Herrn Dorgerloh, gemacht worden sind

Zum Stand der Diskussionen dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er in der nächsten Woche nochmals die Gelegenheit zu einem Gespräch haben werde, bevor es zur endgültigen Entscheidung im Kabinett kommt. Auch habe er schon deutlich gemacht, dass die Strukturanpassungen zur Soll-Stärke im Orchesterbereich auf dem Weg seien, diese aber noch nicht in Gänze geschafft und verwirklicht wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand werde aus seiner Sicht mit allen Ministern diesbezüglich noch einmal sprechen. Er bat die Stadträte um Unterstützung zu diesem Thema, denn für den Haushalt und besonders für die TOO GmbH seien diese Anpassungen zum jetzigen Zeitpunkt kaum verkraftbar.

Weiter führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es die Auffassung des Landes sei, Exzellenzen herauszubilden, mit denen man im Hinblick auf die Nachbarstädte wie Leipzig und Dresden bestehen könne.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte fest, dass Herr Oberbürgermeister weitestgehend die Position des Landes vorgetragen habe. Seine persönliche Haltung und den Kommentar dazu habe er nicht wahrnehmen können und er bat um eine Erklärung dazu.

Ebenso sei ihm der Widerspruch bei der Absenkung auf das Niveau von Magdeburg aufgefallen, wo es ein B-Orchester gibt und in Halle ein A-Orchester, das mache einen Unterschied aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, die Fragen zu sammeln und er werde dann mit Herrn Kultusminister Dorgerloh das zweite Gespräch dazu führen.

Auf die Nachfrage von **Frau Ewert, SPD-Fraktion**, ob Herr Stiska, Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH, an den Gesprächen beteiligt sei, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass Herr Stiska nicht an den Gesprächen teilnehme, sondern ausschließlich nur der Träger.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, merkte dazu an, dass sie eine Teilnahme von Herrn Stiska für hilfreich erachte.

Desweiteren fragte sie nach, wann die Aufsichtsratssitzung der Theater, Oper und Orchester GmbH stattfinde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte aus, dass der Aufsichtsrat am 05.07.2013 tagen wird.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte an, ob man versucht habe herauszufinden, wie Magdeburg es geschafft hat, nicht gekürzt zu werden. Offensichtlich sei man da aktiver in der Zusammenarbeit mit dem Ministerium gewesen, denn in den letzten Jahren habe man die Zuwendungen dort erhöht.

Zum anderen fragte er nach, ob die Thematik Bad Lauchstädt diskutiert wurde. Eine Einrichtung, die bisher zu 100 Prozent gefördert und die von der Theater, Oper und Orchester GmbH mit betrieben werde. Das seien auch noch einmal 2 Mio. Euro, über die man in einer Kooperation diskutieren könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies noch einmal darauf hin, dass er gern alle Vorschläge und Hinweise entgegennehmen wolle, um sie dann im Kultusministerium zu diskutieren.

In Bezug auf Magdeburg wiederholte er, dass das Land Halle und Magdeburg finanziell gleich behandeln wolle.

Auch **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** äußerte Kritik an den Plänen der Landesregierung und bat darum, beim Land deutlich zu machen, dass die Stadt mit diesen Kürzungen für die TOO GmbH überhaupt keine Chance habe, damit umzugehen, da man mit der jetzigen Höhe schon belastet sei. Er sei verwundert, dass das Land Kriterien für die Förderung aufstelle, diese dann bei den kreisfreien Städten offenbar aber keine Relevanz hätten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass er bereits Herrn Stiska gebeten habe, die Daten auf Zuordnung und Faktenlage zu prüfen und er bat nochmals die Stadträte um Hinweise aus ihrer Sicht, welche er in der Diskussion mit den Ministern vorbringen könne.

Zur Gleichbehandlung der beiden Städte Magdeburg und Halle führte er aus, dass im Landeskabinett ein Mehrheitsbeschluss dazu besteht und dies jetzt umgesetzt werde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, äußerte sich dahingehend, wenn das Land eine solche Aussage mache, müsse es auch klar sagen, was gewollt sei. Dies nehme er den Landespolitikern an dieser Stelle übel.

Man verstecke sich hinter den Kriterien für die Vertragsverhandlungen und meine eigentlich etwas anderes. Der Konvent spiele keine Rolle mehr und die Ergebnisse werden überhaupt nicht mehr berücksichtigt in den Vorschlägen, die offensichtlich auf den Landtag zugehen. Seines Wissen habe man mehr als 121 Stellen und noch mehr Beschäftigte auf diesen Stellen im Orchesterbereich und die Differenz zwischen den 100 und den 120 habe man schon über die Tarifvertragsverhandlungen versucht abzufangen.

Herr Dr. Meerheim führte weiterhin aus, dass die Stadt ein erstklassiges Orchester habe und das A-Orchester in Halle mit dem B-Orchester in Magdeburg nicht zu vergleichen sei. Das Land solle deutlich sagen, was es wolle und könne sich nicht hinter irgendwelchen Kriterien verstecken und andererseits auch noch sagen, man wolle Exzellenzen fördern.

Das ganze könne er nicht nachvollziehen, da die Kulturlandschaft in Magdeburg nicht mit der in Halle vergleichbar sei. Und er halte es für einen kulturpolitischen Eklat, die Kultur von Halle auf das Niveau von Magdeburg zu bringen. Damit werde der bisherigen

Kulturlandschaft des Landes jegliche Basis für die Dinge entzogen, die in der Vergangenheit für eine Ausstrahlung im Land und darüber hinaus gesorgt haben.

Er machte deutlich, dass er nicht bereit sei, diese Kürzungen durch das Land in Höhe von 2,9 Mio. Euro einfach entgegenzunehmen. Neben den laufenden Kosten kommen auch noch die 3,5 Mio. Euro aus der Tarifvertragsbeendigung dazu und das mache 6,4 Mio. Euro, bei einem Gesamtetat von in diesem Jahr 33,5 Mio. Euro. Das wäre dann ein Fünftel, also 20 % weniger

Herr Bartl, CDU-Fraktion, äußerte dazu, wenn man alles im Land gleich gültig mache, dann könne nur noch Gleichgültigkeit rauskommen. Und das sei das Problem, gegen das sich alle stark machen müssten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, sich vor dem Termin mit Herrn Kultusminister Dorgerloh gemeinsam zu verständigen. Er werde das Papier vollständig und komplett prüfen lassen, um zu wissen, ob die Fakten korrekt sind. Momentan werden die Altverträge mit dem Land durchgearbeitet, weil darin angeblich auch Vereinbarungen getroffen worden sind, die die Stadt zu erfüllen hatte.

Abschließend schlug **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** vor, entweder im Hauptausschuss oder mit den Fraktionsvorsitzenden zusammen zu beraten, wie in die Diskussion mit dem Land gegangen werden soll.

Frau Ewert verwies darauf, dass es sehr wichtig sei, dass Herr Oberbürgermeister sich darüber informiere, was überhaupt geht, denn mit dem Orchester sei es nicht so einfach. Dort gäbe es besondere Verträge und eine besondere Altersstruktur. Ihrer Meinung nach sei nicht entscheidend, was von den Fraktionen zusammengetragen wird, sondern es müsse geprüft werden, was überhaupt geht, auch wenn das Land einen anderen Wunsch und Willen habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erwiderte, dass die Lösungsvorschläge entscheidend seien und er zur außerordentlichen Sitzung im Aufsichtsrat Vorschläge bringen werde. Dies habe er auch schon Herrn Stiska mitgeteilt, von welchem er aber auch Lösungswege erwarte.

Zum Termin der Aufsichtsratssitzung legte **Frau Ewert** dar, dass Herr Oberbürgermeister zwei Termine zur Auswahl hätte anbieten sollen, damit auch von allen Mitgliedern eine Teilnahme abgesichert werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Koordination der Termine durch die BMA und sicherte zu, beim nächsten Mal darauf zu achten, zwei Termine vorzulegen.

Frau Ewert bat darum, wenn Herr Oberbürgermeister daran gelegen sei, dass er dies auch jetzt noch tun könne.

Daraufhin sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Prüfung eines zweiten Termins für die Aufsichtsratssitzung zu.

Bezüglich der Gleichstellung der beiden Städte Magdeburg und Halle in den Zuwendungen führte **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, aus, dass man darauf nur mit Empörung reagieren könne. Ihrer Meinung nach sei es eine schematische Herangehensweise, die nicht der Realität entspreche und sie empfahl, die Verträge des Landes mit der Stadt Halle (Saale) zum Thema Orchester zeitlich noch länger zurück zu verfolgen.

Dazu führte **Frau Dr. Bergner** aus, dass sie es zwar gut finde, dass sich das Land so eindeutig für die Händelfestspiele und das Händelfestspielorchester bekenne, doch mit dem Händelfestspielorchester müsse immer eine Einbettung im großen Orchester für normale Bespielung vorhanden sein, um das finanziell und organisatorisch zu vertreten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass es eine Angelegenheit des Trägers sei, wie er damit umgeht, denn das Land werde dazu nichts vorschreiben.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf die Frage von Herrn Kley, wie Magdeburg um Kürzungen herumgekommen sei und führte dazu aus, dass es dazu auf dem Domplatz in Magdeburg die Meinung gäbe, dass nicht nur vernünftige Argumente eine Rolle gespielt hätten, sondern andere Dinge. Und deswegen sei es auch schwierig, mit Vernunft an die ganze Sache heranzugehen, aber man sollte es trotzdem versuchen.

In Bezug auf die Terminsetzung zur Herbeiführung der positiven kommunalaufsichtlichen Stellungnahme am 30.09.2013 stellte **Herr Lange** fest, dass der Terminplan im Prinzip den Landtag außen vor lasse. Es scheint so zu sein, dass der Haushalt nicht im September eingebracht wird, sondern erst im Oktober und bis Dezember das Ziel sei, den Haushalt insgesamt zu beraten.

Herr Lange verwies weiter darauf, dass man erst in der Bereinigungssitzung des Finanzausschusses im Dezember wisse, welche Zahlen für 2014 auftauchen werden. Und wenn jetzt schon parallel dazu gearbeitet und die Kommunen unter Druck gesetzt werden, dann ließe das sämtliche Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers außen vor, weil dann die Fraktionen überhaupt keine Notwendigkeiten mehr haben, an diesen Eckwerten noch etwas zu verändern. Und dies könne nicht sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu und erklärte, dass er dem Minister deutlich gesagt habe, dass er nicht gewillt sei, die Summe unter den Voraussetzungen anzunehmen. Er werde im September einen Vorschlag vorbringen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte an, dass in der Diskussion quer durch alle Fraktionen deutlich werde, dass man bei der ersten Ansicht der Vorlage diese nicht gutheißen kann. Und offensichtlich habe das Land ein Wahrnehmungsproblem, weil es nicht notwendig sei, erst noch Leuchttürme herauszubilden. Magdeburg müsste erkannt haben, dass exzellente Leuchttürme schon da sind, die man gerade anfängt zu beschneiden.

Er regte an, dass es vielleicht sinnvoll wäre, das Instrument der aktuellen Stunde für den Stadtrat zu nutzen und Herrn Kultusminister Dorgerloh einzuladen, um mit ihm eine sachorientierte vernünftige Diskussion zu führen. Man könne vielleicht dahin kommen, dass man die gegenseitige Wahrnehmung so schärft, dass man an verschiedenen Stellen Disparitäten oder Dinge, die so nicht sind, zum umsteuern bringt. Dies müsse das Ziel dieser Diskussion sein.

Herr Krause führte weiterhin aus, dass man die Höhe der Zahlen wahrscheinlich auch nach gewissenhafter Prüfung nicht akzeptieren könne und auch intern sei noch ein Meinungsbildungsprozess zu führen, um festzustellen, was man für wichtig erachte.

In Bezug auf die Kürzungen im Kulturbereich äußerte **Herr Krause** weiter, dass die Verunsicherung beim Personal außerordentlich hoch sei. Und laut der letzten Haustarifverträge die Mitarbeiter auf Einkommen verzichten, das sich auf ihre spätere Rente auswirkt. Und auch wenn man sagen würde, dass man den Status quo halten wolle, würde das schon Mehrausgaben bedeuten.

Die Aufgabe der Stadt sei es jetzt, gegenüber dem Land deutlich zu machen, was bisher geleistet und erreicht worden ist und dass man möglicherweise nicht auf dem richtigen Pfad ist, Exzellenzen herausbilden, sondern dass man möglicherweise gerade dabei sei, welche zu beschneiden, damit sie nicht mehr existieren. Und was einmal in dem Zusammenhang weg ist, ist tatsächlich nicht ohne weiteres wieder herzustellen.

Herr Krause forderte zu beachten, dass aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen ein großer Teil der Beschäftigten des Orchesters langfristigen Vertrauensschutz bis über das Jahr 2020 hinaus genießen. Das müsse auch das Land verstehen. Er habe dem Kultusminister in einem Gespräch diesbezüglich schon einen Vorschlag gemacht, wie man gerade mit der Struktur anders umgehen könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte noch einmal fest, dass die Zahl 7 Mio. Euro Absenkung von der Landesregierung an Herrn Kultusminister Dorgerloh gegeben wurde. Dieser habe versucht, nach den genannten Kriterien die Kürzungen zu begründen.

Dazu führte **Herr Lange** aus, dass es nichts bringen werde, über die Zahl mit dem Kultusminister zu diskutieren, da in keinem Ressort nach dem Kabinettsbeschluss die Zahlen noch einmal hinterfragt werden.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Lange zu den Aktivitäten in Magdeburg äußerte sich **Herr Kley, FDP-Fraktion**, dahingehend, dass die Zahlen schon im Vorfeld festgelegt worden sind und er riet der Verwaltung zur Vorbereitung einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht wegen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip. Dort stehe ausdrücklich eine auskömmliche Finanzierung drin und man habe hier gar nicht die Möglichkeit, irgendwo abzubauen.

Er wisse auch, dass verschiedene andere Förderprogramme, die schlagartig beendet wurden, solange noch weitergeführt werden mussten, wie es nicht möglich war, eine Anpassung vorzunehmen.

Herr Kley teilte weiter mit, dass im Juni und Juli zum Thema KiFöG ebenfalls noch weitere Kosten auf die Stadt zukämen, die nicht vom Land ausgeglichen würden.

Er sehe die Chancen der Stadt gut, vor dem Landesverfassungsgericht zu siegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte abschließend, dass er die Stadträte entsprechend rechtzeitig vor dem Gespräch mit Herrn Kultusminister Dorgerloh noch einmal einladen bzw. dass er versuchen werde, Herrn Kultusminister Dorgerloh in eine der nächsten Stadtratssitzungen einzuladen.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er das nächste persönliche Gespräch mit Herrn Kultusminister Dorgerloh am 19.06.2013, vor der Stadtratssitzung habe. Er werde dann aktuell in der Stadtratssitzung darüber berichten. Bei diesem Gespräch werde er auch die Einladung für die Stadtratssitzung im Juli überbringen.

Frau Ewert regte erneut an, den Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH, Herrn Stiska, in die Gespräche mit einzubeziehen.

zu 8.3 Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Flutkatastrophe und Händel-Festspiele

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass er im gestrigen Kulturausschuss schon sehr ausführlich seine Informationen zu diesem Thema weitergegeben habe. Er fragte jetzt, ob er in der heutigen Hauptausschusssitzung oder im nächsten Stadtrat noch einmal dazu berichten solle.

Desweiteren führte er aus, dass vorgesehen ist, im September einen Sonderbericht zum Hochwasser vorzustellen, in welchem die genauen Abläufe und die entstandenen Schäden aufgelistet sein werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass seine Fraktion für die nächste Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten eine aktuelle Stunde zum Thema Hochwasser beantragt habe. Insofern fände er es angemessen, in diesem Ausschuss auch schon einen groben Überblick zu geben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass die aktuelle Stunde zur Debatte in die Zukunft gerichteter Themen genutzt wird.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch** um eine kurze aktuelle Information zur Hochwassersituation im Ausschuss. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Berichterstattung im nächsten Stadtrat zu, welche dann bis zum Abschlussbericht im September immer wieder aktualisiert werde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, fragte nach, ob es so eine Art „Manöverkritik“ gäbe, in welche sich die Stadträte einbringen könnten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass man sich dahingehend abgestimmt habe, im engeren Kreis mit den Führern der Einsatzkräfte ein Auswertungsgespräch zu führen und er bot die Teilnahme der interessierten Stadträte an diesem Gespräch an. Eine Einladung werde an alle Fraktionsmitglieder gehen. Er führte weiter aus, dass ein Termin dazu in den nächsten drei Wochen vorgesehen ist.

Auf die Anfrage von **Herrn Bönisch**, ob jetzt sicher sei, dass es keinen Deichbruch mehr geben wird, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass dies jetzt nicht mehr der Fall sein werde.

Desweiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über den Besuch und das Gespräch mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister Rößler, welcher sich unter anderem die Eissporthalle und auch das Multimediazentrum angesehen habe.

Zur Eissporthalle führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es diesbezüglich Finanzierungsschwierigkeiten gäbe, die Eissporthalle momentan nicht nutzbar sei und jetzt versucht werde, Alternativen zu finden, wo möglicherweise in einer Übergangszeit eine Nutzung für den Eissport möglich wäre.

Zur Situation im MMZ teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass die Kinotonmischung komplett nicht mehr funktioniere und die erste Etage, wo im Wesentlichen als Großmieter die Firma Metrix Media GmbH angesiedelt war, nicht mehr nutzbar sei. Für diese Firma habe man aber zum heutigen Tag einen Ausweichstandort gefunden, damit diese ihre Produktion abarbeiten könne.

Im Gespräch mit Herrn Bundeswirtschaftsminister Rößler zum MMZ sei deutlich hervorgehoben worden, dass den Unternehmen evtl. mit Zinsstundungen geholfen werden könnte. Herr Minister habe zugesagt, dass sich der Bund damit beschäftigen und ein entsprechendes Programm möglicherweise über die KfW anbieten wird.

Herr Beigeordneter Neumann machte aber auch deutlich, dass die Tiefgarage im MMZ, ebenso wie die Räumlichkeiten in der ersten Etage, auf Dauer nicht vor Wasser geschützt werden können, da dort durch eindringendes Grundwasser erhebliche Mängel verursacht worden sind.

Weiterhin führte **Herr Beigeordneter Neumann** aus, dass im Aufsichtsrat des MMZ und auch mit dem Land darüber diskutiert werden müsse, ob das MMZ aus der Fördermittelbindung herauskomme, da es dort keine Kintonmischung mehr gäbe.

Die wichtigste Aufgabe werde in den nächsten vier Wochen sein, die über dem Wasser stehenden Etagen wieder ans Netz zu führen, damit die Universität und die Unternehmen wieder arbeiten können.

Herr Beigeordneter Neumann informierte weiter, dass es zurzeit noch keine Erkenntnisse zu den Schäden auf der Pferderennbahn und der Peißnitz gäbe, da dort noch das Wasser stehe.

Er verwies darauf, dass mit der Wirtschaftsförderung versucht werde, für vom Hochwasser betroffene Unternehmen Einzellösungen zu finden und berichtete, dass man im Moment dabei sei, vorliegende Anträge von Unternehmen auf bestimmte Hilfen und Unterstützung abzuarbeiten.

Darüber werde **Herr Beigeordneter Neumann** im nächsten Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung berichten.

Er informierte weiter, dass zum Beispiel bei Prof. Köhli im Ankerhof fünf Gebäude betroffen seien. Herr Prof. Köhli habe den Vorschlag gemacht zu prüfen, ob die Aussetzung der Zinszahlung über die KfW möglich wäre. Dieses Thema wurde auch von Herrn Wirtschaftsminister Rößler mitgenommen.

Ebenso gäbe es von der Landesregierung das klare Bekenntnis zum Medienstandort. Inwiefern eine Investition in der Größenordnung erfolgen wird, hänge jedoch davon ab, ob man dafür EU-Mittel bereitstellen könnte.

Herr Neumann machte weiterhin deutlich, dass er sich mit Herrn Bönisch, CDU-Fraktion, und Herrn Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, die Druckerei in der Burg Giebichenstein ansehen werde. Er verwies darauf, dass eventuell dieser Standort wegen seiner Lage mittelfristig auch aufgegeben werden müsse. Des Weiteren werde man sich auch mit dem Minister vor Ort den Hafen ansehen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, fragte an, wie so schnell die Ausweichfläche für die Firma Metrix Media GmbH gefunden wurde.

Dazu teilte **Herr Beigeordnete Neumann** mit, dass die Firma Räumlichkeiten in der Händelhalle nutzen und die Tonmischung weiter bearbeiten könne.

In Bezug auf das Trafohäuschen an der Eissporthalle teilte **Herr Beigeordnete Neumann** mit, dass dieses keinen Schaden genommen hätte, da es hochgesetzt wurde. Dagegen mussten die Trafohäuschen am MMZ und am Ankerhof abgeschaltet werden.

Zum Gimritzer Damm führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass der Damm selbst noch einmal untersucht werde. Gleiches gelte auch für den Passendorfer Damm, auf welchem knapp 100.000 Sandsäcke verbaut worden sind, da es Sickerstellen gegeben habe. Jedoch in der Höhe habe er gut gehalten.

Anders sei es am Gimritzer Damm verlaufen. Das Wasser spülte über den Damm und es war damit zu rechnen, dass dieser breche. Auch sei die Straße dort soweit unterspült gewesen, dass sich Risse bildeten, aus denen das Wasser lief und die dann mit Betonplatten abgedeckt werden mussten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass ebenso die Straße geprüft werden müsse. Er erwarte die Gutachten der Sachverständigen. Da das Wasser noch nicht vollständig abgelaufen ist, bleibe die Straße noch bis auf weiteres gesperrt.

Zur Brunnengalerie erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass diese Dank des Einbaus einer zweiten Pumpe im Jahr 2011 sehr gut gearbeitet habe. Es sei jetzt noch zu überlegen, die Elektrik höher zu setzen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, regte an, dass bei einer längeren Sperrung der Straße am Gimritzer Damm die Alternativrouten noch einmal überprüft werden sollten bzw. die Ampelschaltung an der Feuerwache dem erhöhten Verkehrsaufkommen angepasst wird.

zu 8.4 Mitteilung Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, zum Hochwasser in sozialen Einrichtungen

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte kurz mit, dass es an mehreren Stellen im Kindertagesstättenbereich erhebliche Verluste durch das Hochwasser gäbe. Er sagte eine schriftliche Information dazu für den Stadtrat zu.

Im Bereich des Altenpflegeheims Cyriaci sei es gelungen, das Eindringen des Hochwassers im Wesentlichen zu verhindern. Es sei in etwa ein Schaden von ca. 120.000 Euro entstanden. Ein größerer Verlust konnte Dank Feuerwehr und THW verhindert werden. Er informierte weiter, dass das Erdgeschoss evakuiert wurde, die Patienten in den weiteren Etagen aber nicht verlegt werden mussten.

Herr Beigeordneter Kogge stellte noch einmal fest, dass die Schäden im Sozialbereich zurzeit aufgelistet und dann den Fraktionen als Information zur Verfügung gestellt werden.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Änderung der Hauptsatzung

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte an, welche Änderung der Hauptsatzung in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden soll. Seiner Meinung nach müsse diese im Hauptausschuss vorberaten werden.

Dazu erhielt **Herrn Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht**, das Wort und führte aus, dass die Beschlussvorlage zur Satzungsänderung soweit vorbereitet wurde, aber noch Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt notwendig waren. Seit heute liege eine

abschließende Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vor, die im Wesentlichen zum Inhalt habe, dass das Landesverwaltungsamt bei der Rechtsauffassung bleibe, wie sie schon vorliegt.

Die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes enthalte aber den Hinweis, dass eine vom Stadtrat beschlossene Änderung, nämlich die „Absetzung“ der Amts- bzw. Fachbereichsleiter nicht mit bei der noch ausstehenden Beschlussfassung über die Änderungssatzung zur Hauptsatzung berücksichtigt werden könne, da diese Regelung nicht von der Gemeindeordnung gedeckt sei. Insoweit wird dem Widerspruch des Oberbürgermeisters ausdrücklich stattgegeben, ohne dass jedoch eine förmliche (teilweise) Beanstandung des Beschlusses erfolgt.

Es stellt sich daher die Frage, wie sich die Verwaltung gegenüber dem Rat rechtskonform verhalten soll. Mangels förmlicher Beanstandung besteht grundsätzlich die Pflicht zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses. Andererseits muss aber auch der ausdrückliche Hinweis des Landesverwaltungsamtes beachtet werden, diesen Tatbestand nicht in die Änderungssatzung zur Hauptsatzung aufzunehmen. Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes liegt der Verwaltung erst seit kurzem vor, so dass die Prüfung über die weitere Verfahrensweise noch nicht abgeschlossen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass er dazu keine weiteren Ausführungen machen könne, da er sich das Schreiben des Landesverwaltungsamtes erst noch ansehen müsse.

zu 9.2 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zum Wirtschaftsplan TOO GmbH auf der Tagesordnung des Stadtrates

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zur Kultur und stellte fest, dass sich zwar eine Diskussion über den Wirtschaftsplan der TOO GmbH seiner Meinung nach erst einmal erübrigt hätte, dieser aber trotzdem auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden müsse. Er wies weiter darauf hin, dass der Aufsichtsrat unter anderen Gesichtspunkten einen Beschluss gefasst habe, zu dem es jetzt möglicherweise andere Rahmenbedingungen gäbe, die man im Blick haben müsse.

Herr Dr. Meerheim berichtete über die Diskussion im Finanzausschuss zu diesem Thema und führte aus, dass die Mitglieder dort der Meinung waren, dass Herr Oberbürgermeister als Gesellschaftsvertreter, dazu verpflichtet sei, die Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates, zumindest im Rahmen einer Beschlussvorlage, einzubringen. Es wäre aber auch sein gutes Recht, eine andere Beschlussempfehlung vorzubereiten.

Was der Stadtrat am Ende beschließe, sei denn unbenommen dessen Recht.

Auf jeden Fall solle die Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates mit möglicherweise anderen Vorstellung oder Vorschlägen der Verwaltung den Stadtrat im Juli erreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte den Tagesordnungspunkt für die Stadtratssitzung, merkte jedoch dazu an, dass der Aufsichtsrat lediglich Vorschläge an den Gesellschafter mache. Wünsche der Stadtrat aber die Vorlage des Aufsichtsrates, werde er diese im Vorfeld zur Stadtratssitzung den Stadträten zur Kenntnis geben.

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies auf die Geschäftsordnung mit dem Hinweis, dass solche Vorlagen 14 Tage vor der Sitzung versandt werden müssen und er könne nicht verstehen, warum die Vorlage noch nicht verteilt wurde.

Dazu machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass er den Antrag auf Änderung des Geschäftsjahres gestellt habe

Wenn es aber der Wunsch des Stadtrates ist, werde er die Vorlage so einreichen, wie es Herr Dr. Meerheim vorgeschlagen hat. Die Unterlagen dazu könnten dann heute noch an die Fraktionen versandt werden.

zu 9.3 Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zur Verschickung des Terminkalenders der Verwaltungsspitze an die Fraktionen

Frau Ewert, SPD-Fraktion, erinnerte an die Zusicherung des Oberbürgermeisters aus der letzten Hauptausschusssitzung zur Übergabe des Terminkalenders der Verwaltungsspitze zur Kenntnisnahme an die Fraktionen. Dies sei noch nicht erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Übersendung des Terminkalenders an die Fraktionen ab 17.06.2013 zu.

zu 9.4 Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Personalbudget der Fraktionen

Herr Bönisch merkte an, dass er bei den Informationen der Verwaltung eine Aussage zu den Personalbudgets der Fraktionen vermisst habe. Im letzten Monat seien Diskrepanzen in der Interpretation festgestellt worden, was die Zusatzkosten angehe.

Dazu teilte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, mit, dass er davon ausgegangen sei, dass zunächst innerhalb der Fraktionen eine Klärung herbeigeführt werden sollte. Es gehe um die Frage, ob die Erhöhung nach TVöD sich nur auf den Arbeitnehmeranteil oder auch zusätzlich auf die SV-Abgaben beziehe.

Die Verwaltung wird dazu noch mal eine Darstellung an die Fraktionen senden und um entsprechende Rückmeldungen bitten, damit sich auf eine einheitliche Zahlengrundlage verständigt werden kann.

zu 9.5 Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Öffentlichkeit von Pressekonferenzen

Aus aktuellem Anlass fragte **Herr Bönisch** nach, ob bei einer Pressekonferenz auch Stadträte anwesend sein dürfen oder ob Pressekonferenzen nicht öffentliche Veranstaltungen seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass die Teilnahme an einer Pressekonferenz für Medienvertreter und deshalb begrenzt sei. Eine Anwesenheit von Stadträten sei aus diesem Grund nicht vorgesehen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, äußerte ihr Unverständnis darüber, dass interessierte Stadträte nicht an Pressekonferenzen teilnehmen dürfen.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schloss den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Kristin Sabath
stellv. Protokollführerin